

# Kreistag aktuell

Informationen der SPD-Fraktion im Kreistag Werra-Meißner

Unterstützung für  
Kreis und Kommunen

## Berichts Antrag: Behörden in den Werra-Meißner-Kreis verlagern - Der Kreisausschuss lädt ein und keiner kommt

Der von uns eingebrachte Berichts Antrag „Behörden und Bildungseinrichtungen in den Werra-Meißner-Kreis verlagern, Ballungsräume entlasten“ stand auf der Tagesordnung des Kreistags am 13. November. Der Kreistag hatte dazu den Kreisausschuss gebeten, einen Vertreter der Landesregierung einzuladen. Diesem Wunsch ist der Kreisausschuss sowohl schriftlich als auch zweifach telefonisch nachgekommen. Allerdings kam kein Mitglied der Landesregierung unserer Bitte nach! Von Seiten der Grünen, die diesen Berichts Antrag mitgetragen haben, war in der Kreistagsitzung zu hören, dass doch alles in einer Präsentation auf den Seiten der Hessischen Landesregierung stehen würde. Wir haben auf unsere konkreten Fragen darin aber keine Antworten gefunden. Deshalb werden sich unsere Landtagsabgeordneten nun in einer sog. Kleinen Anfrage direkt an die Landesregierung wenden. Wir sind sehr gespannt auf die Antworten!

Anlass unseres Berichts Antrags war eine Umfrage der Landesbank Hessen Thüringen die zeigte, dass in England ansässige Banken wegen des Brexits bis zu 3.500 Arbeitsplätze von London nach Frankfurt verlagern wollten. Zur Entlastung der Mainmetropole wäre also im Gegenzug eine Verlagerung von öffentlichen Arbeitsplätzen in den ländlichen Raum ein gutes Vorgehen, bei dem alle Seiten gewinnen würden.

Darüber hinaus hat die Hessische Landesregierung unter Roland Koch in 2003 die sogenannten „Operation Sichere Zukunft“



beschlossen. Ämter- und Behördenstandorte wurden dabei zentralisiert und im ländlichen Raum - auch im Werra-Meißner-Kreis - geschlossen.

Lt. Koalitionsvertrag gäbe es seit einigen Jahren ein Umdenken. So ist zwischen CDU und Bündnis90/Die Grünen Hessen vereinbart, dass durch eine Strukturreform der Landesverwaltung 3.000 Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung während der laufenden Legislaturperiode in die Fläche verlagert werden sollen. Wir fragen deshalb die Hessische Landesregierung:

- Wie viele Arbeitsplätze sind infolge der sogenannten „Operation sichere Zukunft“ im Werra-Meißner-Kreis weggefallen?
- Wie viele Arbeitsplätze wurden durch die Umstrukturierung bei den Behörden im WMK in den letzten drei Jahren neu geschaffen?
- Welche Umsetzungsschritte sind im Rahmen des Aktionsprogramms „Ländlicher Raum“ vorgesehen und in welcher Weise wird der WMK hiervon profitieren?

## Der Wolf im Werra-Meißner-Kreis

## Resolution: Einrichtung eines professionellen Wolfsmonitorings und -managements

Immer mehr Wolfssichtungen in den vergangenen Jahren erfordern es, dass die Landesregierung nun endlich handelt. Wir haben auf eine FDP-Initiative hin, gemeinsam eine Resolution im Kreistag beschlossen, die das Land Hessen in die Verantwortung nehmen soll. Wir fordern die Einrichtung eines professionellen Wolfsmonitorings und -managements, damit endlich klare Vorgehensweisen definiert werden.



## Nachtrag für den Haushalt 2020

## Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen

Der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises hat in seiner vergangenen Sitzung eine Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen. Eine Erhöhung des Zuschusses für die Grundsicherung von Arbeitssuchenden vom Bund und höhere Ausgaben für die Sanierung der Sporthalle West am Oberstufengymnasium Eschwege machten diesen nachträglichen Beschluss erforderlich. Mehrheitlich wurde der Entwurf angenommen.

Der Kreditbedarf ist durch den Wasserschaden in der Sporthalle um 500.000 Euro auf 10,2 Millionen Euro gestiegen.





Ärztliche Versorgung

## Resolution: Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Werra-Meißner-Kreis und Weiterfinanzierung des Medibusses



*Der Einsatz für den Erhalt des Medibusses auf allen politischen Ebenen, Kommune, Kreis und Landtag, hat sich gelohnt. Der Medibus wird zunächst bleiben – zumindest bis Ende des ersten Quartals 2021. Es freuen sich (v.l.) BGM T. Mäurer/Weißenborn, MdL K. Fissmann, BGM R. Hilmes/Nentershausen, 1. Beigeordneter A. Knoche/Cornberg, H. Heisterkamp/VdK*

Der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises fordert die Kassenärztliche Vereinigung Hessen auf, Gespräche mit dem Werra-Meißner-Kreis und dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg sowie den betroffenen Kommunen aufzunehmen, um den Medibus mit Unterstützung des Landes Hessen weiterzuführen, damit die hausärztliche Versorgung im Landkreis sichergestellt werden kann.

Der Grund liegt auf der Hand: Die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung durch die Kassenärztliche Vereinigung Hessen nach § 75 SGB V ist immer weiter rückläufig. Es ist verfassungsrechtlicher Auftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. Derzeit arbeiten die hausärztlich unterversorgten Kommunen mit Hochdruck daran, die Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten sicherzustellen, obwohl es nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt. Aufsichtsrechtlich ist die KV Hessen dem Hessischen Sozialministerium unterstellt.

Sollte die KV Hessen tatsächlich aus der Finanzierung des Pilotprojektes aussteigen, würde die hausärztliche Versorgung in den betroffenen kreisangehörigen Kommunen weiter dramatisch einbrechen. Eine Weiterfinanzierung ist dringend notwendig, bis eine dauerhaft langfristige Lösung gefunden wird. Die betroffenen Kommunen dürfen nicht alleine gelassen werden. Sie müssen aktiv auf der Suche nach Ärztinnen und Ärzten unterstützt werden.

Ein kleiner Teilerfolg hat sich bereits eingestellt. Der Druck durch Kommunen, Kreis und Land hat Wirkung gezeigt bei der KV - zumindest bis zunächst Ende des ersten Quartals 2021. Wir werden uns auch weiterhin für den Erhalt des Medibusses einsetzen bis es langfristige Alternativen für unsere Region gibt und die hausärztliche Versorgung anderweitig sichergestellt ist.

# Neues aus dem Hessischen Landtag

Landtag lehnt Antrag  
der SPD ab

Enttäuscht zeigte sich der SPD-Unterbezirksvorsitzende und Landtagsabgeordnete Knut John über die namentliche Abstimmung zur Zukunft des Logistikgebiets Neu-Eichenberg, bei der es um den jüngst erzielten Kompromiss der Gemeinde ging. Die Gemeinde hatte entschieden auf 55% der ursprünglich geplanten Fläche CO2-neutrale Logistik anzusiedeln, 45 % der Fläche als Ackerland zu belassen.

Im Landtag gab es hierfür keine mehrheitliche Zustimmung. Die heimische CDU-Landtagsabgeordnete Lena Arnoldt blieb der Abstimmung unentschuldig fern, die Grünen-Politiker Müller und Martin stimmten gegen den Kompromiss. Eigentlich wollte Frau Arnoldt die Gemeinde bei der Verwirklichung des Logistikgebiets unterstützen und ihren CDU-Kollegen in der Gemeinde damit Rückhalt geben. Doch der Koalitionszwang im Land hat wohl dazu geführt, lieber fern zu bleiben.

Die Fläche gehört dem Land Hessen, welches vor geraumer Zeit Unterstützung anbot, wenn die Gemeinde sagt, was sie umsetzen möchte. Das hat die Gemeinde nun getan, das Land aber hat nicht Wort gehalten. Die Menschen in Arbeit zu bringen, ist für Schwarz-Grün keine Option.

Wer bezahlt nun die Zeche durch das Hin und Her der Schwarz-Grünen Politik? Diejenigen, die nun keine Arbeit finden im Werra-Meißner-Kreis und weiterhin auspendeln müssen? Diejenigen, die durch die Insolvenz von JD Norman (ehemals Rege) arbeitslos wurden? Die Gemeinde

## Keine Zustimmung für Logistikgebiet in Neu-Eichenberg



selbst, die auf den bisherigen Planungskosten sitzen bleibt? Am Ende zahlt es doch der Steuerzahler.

Was ist das für eine Moral, angeblich für die Menschen im Werra-Meißner-Kreis da zu sein, aber in Wiesbaden dann doch nicht?

Die heimischen Grünen Martin und Müller interessiert der Mensch ohnehin nicht, sie entscheiden sich gegen Arbeitsplätze in der Heimat, aber für SuedLink durch den Werra-Meißner-Kreis, weil Bayern und Baden-Württemberg Strom brauchen. Für die Grünen besteht der Kompromiss aus 100 Prozent Acker, also gar kein Kompromiss. Was ist das für ein Demokratieverständnis?

### Impressum:

SPD-Kreistagsfraktion  
Wendische Mark 9-13  
37269 Eschwege  
Tel: 05651 / 9525700

### Redaktion:

Friedel Lenze, Karina Fissmann